

Medienmitteilung vom 24. November 2013

Der Preis für wachsende soziale Ungleichheit und Ausschlusspolitik Erschütterndes Abstimmungsergebnis zur Einbürgerungs- Initiative

Die Grünen Kanton Bern nehmen vom Abstimmungsergebnis zur kantonalen Einbürgerungs-Initiative erschüttert Kenntnis. Das Ja zur Initiative ist in mehrerer Hinsicht bedenklich: Das Volksbegehren wurde vom Grossen Rat wuchtig abgelehnt und mit Ausnahme der SVP von keiner Partei unterstützt. Angesichts der rückläufigen Zahl an Einbürgerungen nahm die Initiative kein reales Problem auf. Die Grünen deuten das Abstimmungsergebnis als Unmutszeichen über soziale Ungleichheit, Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt und eine Politik des Ausschlusses.

Zwischen 2006 und 2011 hat sich die Zahl der Einbürgerungen im Kanton Bern mehr als halbiert. Das legt nahe, dass weder die Zahl der Einbürgerungen noch ein angeblicher Wachstumstrend bei den Einbürgerungen Ursache für die Annahme der Einbürgerungs-Initiative ist.

Das Abstimmungsergebnis bringt eine wachsende Sorge der Bevölkerung über ausländerpolitische und Zuwanderungsthemen zum Ausdruck. Angesichts des durch die Zuwanderung bedingten wachsenden Lohndruckes und von Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt ist dies nachvollziehbar. Im Hinblick auf die eidgenössische Volksabstimmung über die Zuwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 muss dies von allen Kreisen, namentlich den bürgerlichen Parteien, ernst genommen werden. Die Politik ist gefordert, hier rasch die nötigen Korrekturen einzuleiten und die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit dezidiert durchzusetzen. Offensichtlich ist auch, dass die immer intensivere Debatte über Sozialhilfe bzw. Sozialhilfemissbrauch das Ausschlussdenken fördert und Menschen ungerechtfertigt stigmatisiert.

Das Abstimmungsergebnis wirft aber auch darüber hinaus Fragen auf: Wie kommt es, dass eine Initiative, welche sowohl vom Regierungsrat als auch vom Grossen Rat wuchtig abgelehnt wurde, derart grosse Unterstützung erfährt? Erstens muss sich die Staatskanzlei die Frage gefallen lassen, wieso der krass irreführende Abstimmungstitel überhaupt erst zugelassen wurde. Es ist bereits heute so, dass keine Verbrecher eingebürgert werden. Zweitens müssen sich die Parteien und Interessenverbände den Vorwurf gefallen lassen, die Initiative unterschätzt zu haben. Nur auf Initiative der Grünen kam ein kantonales Abstimmungskomitee zusammen, welches aber über nur sehr wenige Ressourcen verfügte. Immerhin haben die Grünen allein über parteiinterne Kanäle über 20'000 Flugblätter gegen die Initiative verteilt.

Schliesslich müssen sich auch die Medien die Frage gefallen lassen, ob sie der Information über die Initiative nicht zu wenig Beachtung geschenkt haben und ob sie die Informationspflicht gegenüber der Leserinnen- und Leserschaft erfüllt haben. Gerade bei einer Abstimmung zu einer Initiative mit einem verlockenden, aber massiv irreführenden Titel, ist eine ausbleibende Debatte Gift.

Die Grünen Kanton Bern werden sich weiterhin für eine faire und ausgewogene Ausländerinnen- und Ausländerpolitik einsetzen. Es ist zu hoffen, dass das Abstimmungsresultat auch anderswo zum dringend nötigen Weckruf führt.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat,
Tel. 079 263 47 68

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern,
Tel. 079 379 16 53